

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Bemerk Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Melken behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postgeschichte:
Dresden 1550.
Girofasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 196.

Sonnabend, 23. August 1930, abends.

83. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufschlussgebühr. Für den Fall des Eintrittes von Produktionsverkürzungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgaben bis 39 mm breite, 3 mm hohe Gründchriftpartie (6 Säulen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklameseite 100 Gold-Pfennige; zeitraumbedeutende und tabellarische Tafel 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Erhältlicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtlängige Unterhaltungsbeiträge — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Vertrag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Geschäftszug 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Weltmarkt Rundfunk.

Zur Eröffnung der Deutschen Funkausstellung 1930.

Ein Jahrzehnt Rundfunkentwicklung — das bedeutet in der Geschichte der modernen Technik einen Fortschritt von beispiellosem Weite und Möglichkeiten. In Deutschland sind wir ja erst dem siebten Jahre der Geschichte des offiziellen Rundfunks vorgekommen, aber nimmt man die technische Entwicklung als solche, wobei natürlich von den ersten tausenden Verlusten abgesehen werden muss, — so darf man das erste Jahrzehnt des Rundfunks als erfüllt ansiehen. Die Entwicklung eines anderen Zweiges der Technik sowohl hinsichtlich der vervollständigung der Apparatur, wie hinsichtlich des Gewinns an Macht über die Massen und Ausbreitung als kultureller Faktor hat auch nur annähernd mit der des Rundfunks Schritt halten können. Damit stimmt auch überein, daß sogar im Weltmarkt Rundfunkgerät bereits eine außerordentlich wichtige Rolle spielt, erfreulicherweise sehr stark zugunsten der deutschen Handelsbilanz. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man den Rundfunk als eine moderne Weltmacht bezeichnet. Die Frage bleibt nur, inwiefern die, denen diese Macht in die Hand gegeben ist, sie nutzen, zu welchen Zwecken und in welchem Sinne sie sie nutzen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß es immerhin schon in Deutschland einzelne Orte gibt, wo der Rundfunk hundertprozentig benutzt wird, d. h. wo 100 Prozent der Haushaltungen an dem Rundfunk angeschlossen sind, daß in Berlin immerhin 48 Prozent der Haushaltungen, in Hamburg 50 Prozent Rundfunkteilnehmer sind, daß es in ganz Deutschland jetzt 3,2 Millionen Rundfunkanschlüsse gibt, und wenn man dazu nimmt, daß Deutschland in Bezug auf die Verbreitung der Rundfunkanschlüsse noch keineswegs an erster Stelle steht, so ist damit die Weltmacht des Rundfunks erwiesen, eine Macht, der sich kein anderer meinungsbildender oder kulturschaffender Faktor zur Seite stellen kann.

Nur aber die andere Seite der Frage: wie wird diese Macht genutzt? Über das Stadium der technischen Verluste sind wir ja seit langem glücklich hinaus, wenn auch die und da noch Fehlgriffe geschehen und dem Rundfunk welesenswerte Verluste angefallen werden. Vielleicht ist es auch nicht allzu optimistisch gesehen, wenn man der Überzeugung Ausdruck gibt, daß auch die gefährliche Ära des parteipolitischen Kampfes um den Rundfunk überwunden ist. Jeder Verantwortungsbewußte muß sich angesichts der im Vorstehenden ja zur Genüge gekennzeichneten Macht des Rundfunks auf den Standpunkt stellen, daß die Regelung des Rundfunkwesens in Deutschland der etwa in den USA herrschenden vorauzugehen ist. Ein derart eminent öffentliche Meinung gehaltender Machtfaktor darf in einem Staat, dem an der politischen und kulturellen Willensbildung seiner Bürger ernstlich etwas gelegen ist, unter gärtigen Umständen in die Hände von Privatgesellschaften gelegt werden, die aus begreiflichen Gründen hemmungs- und bedenklos der Sensationsläuferheit der Massen huldigen und so genau das Gegenteil von dem bewirken, was die edelste Aufgabe des Rundfunks wäre.

Umso grüber ist die Verantwortlichkeit derer, in deren Händen die Anwendung dieses gewaltigen Machtinstrumentes liegt und es ist selbstverständlich, daß eine parlamentare Kontrolle darüber unerlässlich ist. Solange diese Kontrolle wirklich parlamentarisch bleibt, solange sie sich ihrer Pflicht bewußt ist, darf zu jagen, daß jedem nach Möglichkeit so weit das geboten wird, dessen er bedarf und was er wünscht, als geschehen kann, ohne die Grundlagen der Gesellschaft und des Staates in Frage zu stellen, muß diese Handhabung als die angebrachte und würdigste gelten. Die große Gefahr dabei ist vielleicht weniger unauslösbare Großüngigkeit, denn wenn sich einmal Elemente durchschmuggeln, die den Rundfunk für zerstörerische Propaganda missbrauchen wollen, so verteilen sie sich selbst nur allzu bald. Eher liegt die Gefahr in übertriebener Mengellosigkeit davor, den Rundfunkhörern Dinge vorzufeuern, die ihnen unersreutlich sind. Aber gerade hier liegt ja einer der großen Möglichkeiten des Rundfunks, die durch keine pubblicitäre Propaganda auch nur annähernd erreicht oder gar erreicht werden: die Erziehung des Hörens dazu, sich mit ihm fremden, ja feindlichen Problemen zu beschäftigen. Wenn jetzt im großen politischen Wahlkampf Minister und führende Politiker aller nicht ausgesprochen staatstreuen Parteien vor dem Mikrofon erscheinen, nach Möglichkeit vor dem Mikrofon diskutieren, ihre Standpunkte, ihre Auffassungen von der politischen Lage, ihre Grundsätze verteilen, so bedeutet das für den Rundfunkhörer, der nicht blindlings entschlossen ist, sich jeder Lehre und Erweiterung seines Horizontes um jeden Preis zu versetzen, eine Bereicherungsmöglichkeit die fast ohne Grenzen ist. Niemals gab es eine Möglichkeit für die Arbeit an der Verbesserung der Klassen und Ausgleichung der Parteigegenseiten angunten des Aufbaues an Volk und Staat, wie der Rundfunk sie bietet.

Deshalb soll und darf die Beschäftigung mit Rundfunkfragen nicht etwas Gelegentliches sein und bleiben, daß man am liebsten in die technische Beilage oder gar in die Postseite verbaut, sondern die Auseinandersetzung über diese grundähnlichen Rundfunkfragen gehört, wenn man sie unter dem richtigen Gesichtspunkt betrachtet, durchaus in den Vordergrund, dorthin, wo sie den Menschen anprangt und ihn zwingt, sich mit dieser Frage, als einer der wichtigsten seiner Zeit offen und ehrlich auseinanderzusehen.

Befriedigende Roffenlage des Reiches.

Reichsfinanzminister Dietrich über die finanzielle und wirtschaftliche Lage.

Reichsfinanzminister Dietrich sprach gestern abend vor den Vertretern der Presse über die finanzielle und wirtschaftliche Lage. Die Roffenlage des Reiches sei durchaus befriedigend, und menschlichem Ermessens nach dürfe mit aller Bestimmtheit angenommen werden, daß wir ohne Schwierigkeiten über die nächsten Monate hinwegkommen werden dank der neu eröffneten Einnahmen. Es ist Vorsorge getroffen worden, daß auch der schlimme Termin des 1. Januar überwunden werden wird. Das Reich hat seine schwebenden Auslandscredite restlos zurückgezahlt. Von dem Überdeckungskredit von 350 Millionen sind fünf Raten zu 50 Millionen RM bezahlt, so daß nur noch je 50 Millionen im September und Oktober zu fliegen sind. Der Bankcredit von 200 Millionen ist auf die Hälfte heruntergekehrt. Die schwedende Schuld ist um über 500 Millionen reduziert. Auch wenn man noch so pessimistisch rechnet, werde man die Verluste des Reichs im laufenden Etatjahr auf etwa 300 Millionen begrenzen können, eine Summe, die naturgemäß den Etat des Reichs nicht über den Haufen zu werfen vermag. Bei unserer Beurteilung der Finanzlage haben wir eine Erhöhung der Arbeitslosenziffern eingerichtet, so daß einer Gefahr von dieser Seite für die Roffe gleichfalls vorgebeugt ist.

Die großen Reichsbetriebe, Post und Eisenbahn, befinden sich in einer sehr verschärftenartigen Lage. Die Reichspost war in der Lage, für 200 Millionen RM Arbeiten außerhalb des üblichen Bedarfs zu vergeben, die sich auf viele hunderte von Firmen in Deutschland verteilen. Die Reichsbahn wird zum ersten Male seit der Stabilisierung der Währung keinen günstigen Abschluß aufweisen. Keinesfalls besteht aber trügende Gefahr, daß das Reich für die Reparationslast, die die Eisenbahn zu tragen hat, einzutragen muß. Daß die Lage der Eisenbahn den Verhältnissen entsprechend zufriedenstellend ist, beweist auch, daß es gelang, Geldmittel aufzubringen, mit welchen sie zur Erleichterung der Wirtschaftslage beitragen soll.

Im Zusammenhang damit teilte Minister Dietrich mit, wie der zähsähige Wohnungsbau durch das Arbeitsministerium gedacht ist. zunächst sollen nur kleine Wohnungen gebaut werden, angelehnt an die Tatsache, daß mittlere Wohnungenstellungen schon im Überfluß vorhanden sind und offenbar die Mieten für diese Wohnungen seitens der Wohnungsuchenden nicht ausgebracht werden können. Die Wohnflächen sind deswegen auf 82 bis 45 Quadratmeter pro Wohnung beschränkt; nur für Familien mit mehreren Kindern sind größere zugelassen. Die Mieten werden sich entsprechend niedriger halten, und auch die Baupläne und Anschließungskosten sollen gedrückt werden. Die Fortsetzung des Straßenbaus ist leider nicht in ein solches Tempo zu bringen, wie vorgesehen, was außerordentlich zu bedauern ist. Die Arbeitslosigkeit ist nicht zurückgegangen. Immer-

hin muß man sich davor hüten, die Bahnen zu mißbrauchen. Gewiß ist es entzücklich, daß wir heute im Sommer eine solche Arbeitslosigkeit haben. Wir haben zwar keinen Zweifel, daß der bisher von uns vorgegebene Jahresdurchschnitt von 1,6 Millionen Haushaltserhaltungsemplänen im Laufe des Winters überschritten werden wird, aber ich möchte das vor warnen, anzunehmen, daß im Winter die Arbeitslosenlast weiter ansteigen wird.

Zur Lage des Kapitalmarktes erklärte der Minister u. a.: Man darf mit Verzüglichkeit feststellen, daß es in Deutschland immer noch Kreise gibt, die das Vertrauen zum Staat nicht verloren haben. Ich bin überzeugt, sie werden nicht schlecht fahren. Beachtenswert ist z. B., daß der Abflug an Pfandbriefen der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute und Hypothekenbanken im ersten Halbjahr 1930 um fast eine halbe Milliarde höher war als in der gleichen Zeit des Jahres 1929. Aber man darf sich nicht darüber täuschen, daß der momentane Zustand für die Zukunft gar nichts beweist. Die große Sorge ist nicht mehr, die augenblicklichen Schwierigkeiten zu überwinden, sondern eine Politik zu treiben, die und endlich, wenn auch nur langsam, aus dem Elend der Arbeitslosigkeit, die zu einer Dauererscheinung zu werden droht, herausführt. Ich warne davor, durch den momentanen etwas günstigen Stand sich auf Pläne für die Entwicklung auf lange Sicht verleiten zu lassen. Hier sind Faktoren, die wir nicht in unserer Hand haben. Ein dauernder Preisrückgang am Weltmarkt kann nicht ohne Rückwirkung auf die deutschen Preise, Löhne und Gehälter sein, und diesen Prozeß zu beobachten, das ist die entscheidende Aussage. Mit dieser Frage werden sich auch die kommenden einschneidenden Maßnahmen der Regierung zu befaßten haben. Wer sich wirtschaftlichen Notwendigkeiten am längsten verschliebt, hat davon den größten Schaden. Jede vernünftige Reform muß die Aufgabe haben, die Produktion zu entlasten, doch der Druck auf die Löhne und Gehälter, der vom Weltmarkt herkommt, nicht zu groß wird. Nur solche Reformen werden auch dazu beitragen, die weitere Bruttoschädigung zahlreicher abhängiger Existenz zu verhindern. Das zweite aber ist, daß wir wieder einiges Vertrauen zu uns selbst und zu unserem Staat haben. Es wird jetzt soviel von der Kapitalflucht geredet. Was macht das Ausland mit unserem Geld, das bei ihm angelegt wird? Das Ausland lebt dieses Geld wieder in Deutschland aus, natürlich mit einem entsprechenden Aufschlag. Man sieht, daß das Ausland nur Vertrauen zu uns hat, wie wir selber. Ein schwerer Rückgang der deutschen Wirtschaft wird in seinen Wirkungen ganz gewiß nicht auf Deutschland beschränkt bleiben. Es dürfte daher der Wille sein, sich einmal zu überlegen, ob es klug ist, sein Geld zu schlechten Sinten im Ausland anzulegen oder fünfprozentige ausländische Papiere zu kaufen, anstatt deutsche Pfandbriefe und ähnliche Anleihen, die 8 Prozent tragen, als Kapitalanlage zu benutzen.

Das Manifest der Deutschen Staatspartei.

In Berlin. Die Deutsche Staatspartei erklärt eine Kundgebung, die vor allem die Frage der staatspolitischen Erneuerung, sodann das Problem der kulturpolitischen Klärung behandelt und schließlich die Stellung der Partei zur Wirtschafts- und Sozialpolitik darlegt.

In bezug auf die Frage der staatspolitischen Erneuerung führt die Kundgebung aus, daß mit der Befreiung des Rheinlandes der Weg für eine neue und starke Nation und Außenpolitik freigeworden sei. Gefordert wird ein neues Wahlrecht, von dem unberechtigten Machtwillen einzelner Stände und Klassen befreites Parlament, Beseitigung sinnlos gewordener Ländergrenzen und Länderpakamente, Aufhebung der Staatshoheit der Länder bei voller Anerkennung einer lebenslangen Selbstverwaltung, eine Verwaltungsreform, deren Grundidee höchste Sparsamkeit auf allen Gebieten sein soll, Schaffung eines in seiner Lebendigkeit gesicherten und unabrechlichen Beamtenstums, Herbeiführung aller Möglichkeiten, um eine Revision der dem deutschen Volke im Roßplan aufgeführten Verpflichtungen herbeizuführen, eine gesunde Siedlungspolitik.

Zum Problem der kulturpolitischen Klärung fordert die Kundgebung, daß die Achtung vor den Traditionswerten deutscher Vergangenheit mit dem sozialen Glauben an die Zukunft der Nation verbunden sein muß. Da die deutsche Kultur wesentlich durch die Kräfte des Christentums bestimmt und geformt worden sei, habe der Staat die Aufgabe, die religiösen und liturgischen Kräfte zu pflegen und zu schützen. Abzulehnen sei jeder Gewissenszwang. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche soll durch die Reichsgewalt erfolgen. Jede Konfession sei dazu berufen, in ihrer Eigenart mit den ihr geschäftlich anvertrauten und ihr lebendigen Wahrheiten und Kräften der Volkgemeinschaft zu dienen. Die Einheitlichkeit der Schulangelegenheit für das Reich sei eine Grundforderung der Zukunft.

In bezug auf die Stellung zur Wirtschafts- und Sozial-

politik heißt es, es gebe keine Ueberwindung der wirtschaftlichen und sozialen Not ohne grundlegende Reform des Staates und ohne Umbau seiner Verwaltungs- und Steuersysteme. Die Deutsche Staatspartei befiehlt das Privat-Eigentum als Grundlage einer gesunden Wirtschaft und als Voraussetzung für den sozialen und kulturellen Aufstieg. Alle sozialistischen Experimente lehnt sie ab, sie hält aber die kapitalistische Wirtschaftsordnung nur für lebensfähig, wenn Beschäftigung zur Annahme wird und die wirtschaftlichen Bürgern sich der sozialen Verpflichtung bewußt sind, die mit dem Eigentum verbunden ist. Die Staatspartei erfreibt den sozialen Kapitalismus, der sich jedoch der staatspolitischen Forderungen der Nation nach dem wahren Volksstaat nicht entgegenstellen darf. Die Staatspartei ist auch um wirksamen Schutz des Mittelstandes bemüht, sie fordert eine gerechte Steuelpolitik und verzerrt insbesondere die zu starke Belastung des gewerblichen Mittelstandes durch die Gewerbezölle. Gefordert wird ferner u. a. eine Agrarpolitik, die die deutsche Landwirtschaft in die Lage versetzt, der Konkurrenz des Auslandes erfolgreich stand zu halten, eine Sozialpolitik, die das System des sozialen Schutzes mit allen Mitteln verteidigt, lebendige und verantwortungsbewußte Gemeinschaften als Rückhalt selbstbewußter Arbeitnehmer, Aufrechterhaltung des Schlichtungswohns und eine Reform der Schlichtungsordnung, die einseitigen Missbrauch zum Schaden der Wirtschaft oder der sozialen Wohlfahrt ausschließt.

Zu diesem Manifest bemerkt der Jungdeutsche Orden, die darin niedergelegten Grundlinien der Partei unterscheiden sich stark von den Grundanauflagen der alten Parteien. Das Entscheidende sei, daß die Behandlung der einzelnen Fragen grundsätzlich unter dem Gesichtspunkte der Volkgemeinschaft und des Dienstes am Volkgang gehen sollte. Die Gegner der Deutschen Staatspartei würden jetzt nicht mehr behaupten können, daß die Staatspartei nur eine Neuauflage der alten Demokratischen